Nummer 4. Duisburg, den 22. Januar 1916. 17. Jahrgang

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sedanstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein", Duisburg.

Des Granatendrehers Kriegslied

Dem Eisendreher und Arbeiterkollegen Christoph Wieprecht gewidmet.

Kesselschmied H. Lersch, z. Zt. im Lazarett.

Ich schrubble dich, ich bohre dich,
Werdende Granate!
Wenn du zerspringst, so schützt du mich.
Der auf die Feinde schleudert dich,
Das ist mein Kamerade.
Kamerad, ich grüße dich!

Es knirscht der Stahl, der Riemen kreischt.
Drehbank, du, surre, sause,
Du eisernes Maschinentier,
Du bist das gleiche wert wie wir;
Für uns im Kampfgebrause,
Manch junges Blut im Tod erbleicht.

Der Bauer mäht, der Bauer pflügt,
Er stirbt für Pflug und Erde —
Frißt die Maschine unser Mark,
Wird Deutschland groß, wird Deutschland stark:
Nimm's, daß es endlich werde!
Und daß es wird, genügt.

Hochöfen glüh'n im deutschen Land —
In Böhmen und in Essen
Preßt man Vulkane in ein Rohr,
Das macht aus einem Fort ein Tor —
Erz-Eisen-Vaterland!
Wer will mit dir sich messen?

Einst wirst du frei als Sieger steh'n.
Und du, mein Kamerade,
Wirst wieder an die Werkbank geh'n,
Des Friedens große Wunder seh'n:
Drum schrubb' ich dich, drum bohr' ich dich,
Werdende Granate.

Im Kampf um den Arbeitsnachweis

Zu den wichtigsten sozialen Einrichtungen gehören die Arbeitsnachweise. Sind sie doch berufen, einen Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und -Nachfrage herbeizuführen, mit einem Worte: Den Arbeitsmarkt zu regeln. Daß dies für die Allgemeinheit von größter Wichtigkeit ist, kann man auf den ersten Blick ersehen. Ganz besonders wichtig für die Volkswirtschaft können die Arbeitsnachweise werden, wenn es sich um Verhältnisse handelt, unter denen an dem einen Orte eine Menge überschüssiger Arbeitskräfte vorhanden sind, während an anderen Plätzen Arbeiter gesucht werden.

Die Gewerkschaften haben ebenfalls ein großes Interesse an den Arbeitsnachweisen. Die meisten Organisationen haben eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit eingeführt, die nicht bezahlt wird, wenn der Kollege angemessene Arbeit ohne hinreichenden Grund ablehnt. Je besser die Arbeitsnachweise funktionieren, je schneller dem Arbeitslosen wieder geeignete Arbeit nachgewiesen werden kann, desto vorteilhafter für die Arbeiter ist es, denn die beste Arbeitslosenunterstützung kann den Lohnausfall nie ganz ersetzen. Außerdem aber bilden gut ausgebaute Arbeitsnachweise die Grundlage, das Fundament, welches unbedingt vorhanden sein muß, soll der Wunsch der Arbeiterschaft nach reichsgesetzlicher Regelung der Arbeitslosenunterstützung jemals verwirklicht werden.

Auch die Arbeitgeber wenden ihre besondere Aufmerksamkeit der Arbeitsnachweisfrage zu und es würde ihnen dieses absolut kein Mensch verübeln, wenn sie nicht ihre besonderen Absichten dabei verfolgen würden. Es sei nur auf die berechtigten Klagen hingewiesen, welche von Seiten der Arbeiter schon über die Arbeitgebernachweise in der Oeffentlichkeit geführt wurden.

Um diesen ständigen Streitpunkt aus dem Wirtschaftsleben zu entfernen, wurde von einsichtigen Sozialpolitikern die Anregung gegeben, die Arbeitsnachweisfrage gesetzlich zu regeln. Die Gewerkschaftsleitungen aller Richtungen waren damit einverstanden und unternahmen die nötigen Schritte, Reichstag und Reichskanzler beschäftigten sich mit der Frage, eine endgültige Regelung scheiterte an dem Widerstand gewisser Kreise der Arbeitgeber.

Von Seite der Arbeiter wurde dies lebhaft bedauert. Ganz besonders in gegenwärtiger Zeit soll nach Auffassung der Arbeiter alles vermieden werden, was geeignet ist, Uneinigkeit in die Reihen der Bevölkerung zu bringen.

Etwas weniger feinfühlig und rücksichtsvoll scheinen gewisse Herren aus Arbeitgeberkreisen von Cöln und Umgebung veranlagt.

Gegen Ende des vorigen Jahres verkündeten Inserate in hiesigen Blättern, daß ein Geschäftsführer zur Leitung eines Arbeitsnachweises für Cöln und Vororte gesucht werde.

Die Leitung des städtischen Arbeitsnachweises, welche in dem neuen Unternehmen mit Recht eine Beeinträchtigung ihrer bewährten Einrichtung sah, versuchte nun, die Eröffnung zu verhindern. Eine direkte gesetzliche Handhabe war nicht geboten und eine andere Möglichkeit nicht gegeben. Von sozialpolitischer Einsicht oder von dem großen Gedanken der heutigen Zeit nach Einigkeit und Sichverstehenlernen aller Gesellschaftskreise ist eben in jenen Arbeitgeberkreisen nichts zu finden.

Im Gegenteil. Man glaubte sogar noch, sich einen Spott erlauben zu dürfen. Es ging nämlich dem städtischen Arbeitsnachweis die Anfrage zu, ob nicht in dessen Warteräumen Hinweise angebracht werden könnten, auf die genannte Neugründung.

Als die Arbeiterschaft von der Gründung des neuen Arbeitgebernachweises erfuhr, bemächtigte sich derselben eine große Erregung. Sie erinnerte sich wieder mit vollster Deutlichkeit der geradezu skandalösen Einzelheiten, die seinerzeit über den Mannheimer Arbeitsnachweis veröffentlicht wurden, wonach dort Arbeiter nicht nur wegen persönlicher Differenzen und „Hetzerei", sondern wegen Herzfehler, Leistenbruch, ja sogar ohne Angabe von Gründen „gesperrt", d. h. von der Vermittlung ausgeschlossen wurden. Was lag näher, als die Errichtung des Arbeitsnachweises, besonders mit der Arbeitsvermittlung nach dem Kriege in Zusammenhang zu bringen, wenn ein großer Prozentsatz der heimgekehrten Krieger an den Folgen der Strapazen zu leiden hat?

Die führenden Kollegen der drei in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen erließen denn auch nachstehende Publikation in den Zeitungen:

Ein Protest der Kölner Arbeiter.

Wie die „Rheinische Zeitung" schon am 14. Dezember mitteilte, glaubt das organisierte Unternehmertum Kölns den „Burgfrieden" dazu benutzen zu können, um den Arbeitern einen einseitigen Arbeitgeber-Arbeitsnachweis aufzwingen zu können. Dieser Vorstoß hat bei den Kölner Arbeitern sowohl im Felde, wie in der Heimat mächtigen Unwillen ausgelöst. Diese Stimmung spricht deutlich aus dem folgenden Einspruch der Gewerkschaften aller Richtungen:

„Einen Bruch des Burgfriedens, wie er nach Ansicht der Arbeiter nicht schlimmer gedacht werden kann, begeht der hiesige Unternehmerverband mit der Eröffnung eines einseitigen Arbeitsnachweises der Arbeitgeber. Seit Jahren bilden die Arbeitgebernachweise einen Streitgegenstand zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, und manche monatelange Kämpfe sind um dieselben geführt worden. Alle Gewerkschaftsrichtungen erheben seit längerer Zeit die Forderung, die Arbeitsnachweisfrage gesetzlich zu regeln, um dadurch diese Frage aus den wirtschaftlichen Kämpfen auszuschalten. Daß dieses bis jetzt nicht gelungen ist, liegt an dem Widerstand der Unternehmer. Im Hinblick auf die bedeutungsvollen Aufgaben der Arbeitsvermittelung während der Kriegsdauer und bei dem Abschluß des Krieges reichten die Gewerkschaften aller Richtungen am 3. März d. J. an den Bundesrat eine gemeinschaftliche Petition ein. Am selben Tage fand eine Unterredung zwischen Gewerkschaftsvertretern und dem deutschen Reichskanzler in der fraglichen Angelegenheit statt. Später wurde die Frage in der Haushaltskommission des Reichstags und am 19. März im Plenum des Reichstages eingehend behandelt. Das Ergebnis war, daß die Regierung versuchte, möglichst eine Zentralisation der bestehenden Arbeitsnachweise anzustreben, dadurch die Arbeitsvermittelung zu vereinfachen und eine spätere gesetzliche Regelung vorzubereiten.

Dieses Ziel wäre in Köln sehr leicht zu erreichen gewesen, da hier eine große paritätische städtische Arbeitsnachweisanstalt seit Jahren besteht. Diese Anstalt vermittelte im letzten Jahre 59 373 Arbeiter und 27 291 Arbeiterinnen und kann zu jeder Zeit nach allen Richtungen hin durch Facharbeitsnachweise, deren heute schon verschiedene bestehen, ausgebaut werden. Aber ohne Rücksicht auf diese Tatsache und ohne jegliche Rücksichtnahme auf den Burgfrieden wollen die Industriellen mitten in der Kriegszeit einen neuen Arbeitsnachweis errichten und tragen dadurch einen sehr bedenklichen Zündstoff in das gesamte Kölner Wirtschaftsleben.

Wenn die Industriellen in einer hiesigen Zeitung behaupten, der Arbeitsnachweis hätte eine „ganz paritätische Aufgabe", so trifft dieses zu; aber diese paritätische Aufgabe wird ganz einseitig von den Unternehmern allein gelöst. In der Leitung des Arbeitsnachweises haben nur die Arbeitgeber zu bestimmen, während den Arbeitern nicht der geringste Einfluß auf die Verwaltung zugestanden wird. Alles Gerede von „zwangsfreier" Benutzung für die Arbeiter ist nichts als eine große Irreführung der Oeffentlichkeit. Der Unternehmer macht, wie nach den bisherigen Erfahrungen feststeht, durch Aushängen eines Schildes an seinem Fabriktor bekannt, daß er dem Arbeitsnachweis angeschlossen ist, und daß die Arbeiter, die in der betreffenden Fabrik eingestellt werden, den Arbeitsnachweis passieren müssen. Daß die zweckmäßige Versorgung der Kölner Industrie mit Facharbeitern nur einem Arbeitsnachweis der Unternehmer möglich sein soll, halten wir für eine ganz unhaltbare Behauptung. In allen Arbeitsnachweisen geschieht die Auswahl und die Ueberweisung an die Betriebe durch Schalterbeamte, die diese Tätigkeit an einem paritätischen, städtischen Arbeitsnachweis genau so gut ausüben können als wie in einem einseitigen Unternehmernachweis.

Aus den angeführten Gründen und nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete kommen die unterzeichneten Arbeiterorganisationen zu der Ansicht, daß zu der geplanten Neugründung eines einseitigen Unternehmernachweises nur Sonderinteressen ausschlaggebend sein können. Deshalb erheben wir gegen diese weitere Zersplitterung des Kölner Arbeitsnachweiswesens entschieden Einspruch und müssen jede Verantwortung für alle weiteren Folgen, die durch diesen Vorstoß der Unternehmer entstehen, ablehnen.

Köln, den 21. Dezember 1915.

Kartell der freien Gewerkschaften. Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften. Ortsverband der deutschen Gewerkvereine.

Daß die Gewerkschaften es nicht bei diesem Protest beließen, ist wohl selbstverständlich. Der gegenwärtigen Zeit entsprechend, mußte sich das Vorgehen derselben zumeist auf Verhandlungen beschränken. Fast schien es schon, als ob alle Arbeit vergeblich sei. Die Plakatsäulen und Tageszeitungen enthielten große Ankündigungen, wonach vom 3. Januar 1916 ab in Cöln, Deutz und Mülheim je eine Geschäftsstelle eröffnet würde. Doch „mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten", am 3. Januar erschienen Bekanntmachungen, wonach die Eröffnung der Arbeitsnachweise verschoben sei.

Des Rätsels Lösung brachte der „Vorwärts"; derselbe teilt mit, daß der „Arbeitsnachweis für die Cölner Industrie" seinen Teilnehmern folgendes Schreiben zugehen ließ:

„Da der Herr Gouverneur durch Schreiben vom 1. Januar auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" bis auf weiteres verboten hat, daß der vom Arbeitgeberverband gegründete Arbeitsnachweis in Tätigkeit tritt und durch diesen Arbeitsgelegenheit irgendwie vermittelt wird, so kann seine Eröffnung vorläufig nicht stattfinden.

Wir bitten Sie, gefälligst Vermerk zu nehmen und werden demnächst auf die Angelegenheit zurückkommen.

Hochachtungsvoll

Der Nachweisleiter:
(gez.) Dr. Mottet.

Das Vorgehen des Herrn Gouverneurs ist nur zu begrüßen.

Für diesmal ist wohl das von der Arbeiterschaft befürchtete Attentat auf die Freizügigkeit vereitelt. Auf wie lange denn?

Der Passus im Briefe des Arbeitsnachweises „Die Eröffnung kann vorläufig nicht stattfinden" und „wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen" läßt vermuten, daß sich die Arbeitgeber mit dem Resultat nicht zufrieden geben. Tatsächlich sollen sie auch schon alle Mittel versucht haben, um eine Aufhebung des Verbotes zu erwirken. Hoffentlich gelingt dies nicht.

Die Arbeiterschaft aber mag aus dem Vorfall ihre Lehren ziehen; zeigt er doch so recht deutlich, was wir nach dem Kriege zu gewärtigen haben, wenn wir es nicht verstehen, uns in der Organisation einen mächtigen Schutzwall zu bilden. Kein Burgfrieden, keine sozialen Erwägungen, keine ethischen Bedenken können die Herren von ihrem Plane abbringen, wenn sie glauben, damit ihren Interessen zu dienen. Unser einziges Gegenmittel, die Organisation, zu stärken und auszubauen muß deshalb auch während des Krieges unsere vornehmste Aufgabe sein, damit wir, jederzeit gerüstet, zu gegebener Stunde nötigenfalls den Kampf mit Erfolg bestehen können! K. K.

Reichstag und Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage erscheint als eine ewige Frage. Vor Jahrhunderten schon trat sie in Erscheinung und steht heute noch auf der Tagesordnung. Bei den stets sich ändernden Verhältnissen und Bedürfnissen ist auch kaum daran zu denken, daß der ganze große Komplex von Wohnungsfragen jemals wird vollständig gelöst werden können. Ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Materie, die Wohnungsinteressenten selbst sind es, die zunächst gleichgültig beiseite stehen und alles über sich ergehen lassen. Die große Masse ist nicht einmal bereit, den Wohnungsreformen beizustehen. Als vor 25 Jahren der bayrische Minister des Innern, in Verbindung mit Professoren der Soziologie und Hygiene, auf dem Gebiete des Wohnungswesens helfend eingreifen und die Oeffentlichkeit dafür interessieren wollte, fand er taube Ohren. So ist es heute noch an manchen Orten und Stellen. Es fehlt an einer starken geschlossenen Organisation der Wohnungsinteressenten als treibendem Teil.

Dessenungeachtet haben in den Parlamenten weitblickende Männer sich allmählich durchzusetzen gewußt. Mit Hilfe einsichtiger Staatsmänner ist so eine gesetzliche Wohnungsreform in die Wege geleitet und angebahnt worden. Als anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts die christlich organisierte Arbeiterschaft mit diesbezüglichen Forderungen herausstrat, fand sie eigentlich nur beim Zentrum Entgegenkommen. Die Sozialdemokraten standen damals einer Wohnungsreform durch den heutigen Staat ablehnend gegenüber; andere Parteien hatten andere Einwände. Heute ist das erfreulicher Weise anders. In allen Parteien und Fraktionen gibt es Männer, die eine gesetzliche Wohnungsreform, aus sozialen gesundheitlichen oder nationalen Gründen für nötig halten. Nach wiederholten Vorstößen im Reichstag, durch den verdienten Wohnungspolitiker Dr. Jäger und andere Abgeordnete, gelang es endlich 1912 den Reichstag auf einen gemeinsamen Beschluß zu einigen. Er ging hinaus auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes, die Bereitstellung von Geldmitteln zum Kleinwohnungsbau oder Uebernahme von Bürgschaften durchs Reich, sowie auf Lösung der Bodenfrage durch Reform des Erbbaurechts.

Hinsichtlich der Förderung auf Bürgschaftsübernahme hat der Reichstag einen Erfolg erzielt. Im Februar 1914 legten die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf vor, durch den der Reichskanzler ermächtigt wurde, Bürgschaften bis zum Gesamtbetrage von 25 Millionen Mark zu übernehmen. Die Bürgschaftsübernahme erstreckt sich jedoch nur auf Darlehen von Bauvereinen oder -Genossenschaften der Beamten und Arbeiter des Reichs und der Militärverwaltung. Für diese ist außerdem ein Baufonds von vier Millionen Mark beim Reichsamt des Innern geschaffen, der alljährlich erneuert oder aufgefüllt wird.

Die Beschränkung der Geldhergabe und Bürgschaftsübernahme für Bauunternehmungen der genannten Personenkreise wurde regierungsseitig damit begründet, daß ansonst die finanzielle Belastung des Reichs unübersehbar würde. Die Ausdehnung auf die Allgemeinheit sei auch deshalb nicht möglich, weil dem Reiche die nötige Organisation und Einrichtung zur Durchführung fehle. Schon früher wurde dargetan, daß einige Bundesregierungen verfassungsmäßige Bedenken gegen die Erweiterung der Kompetenzen des Reichs auf dem Gebiete des Wohnungswesens hätten. Hier seien die Einzelstaaten zuständig und auch bereits tätig gewesen. Das Bürgschaftsgesetz konnte so keine Erweiterung finden und eine vom Wohnungsausschuß vorgelegte diesbezügliche Resolution wurde am 18. Mai 1914 von der Vollversammlung des Reichstags abgelehnt.

Jetzt hat der Reichstag wieder einen Wohnungsausschuß eingesetzt, dem außer anderem die Abgeordneten von Brockhausen, Götting, Göhre, Dr. Hitze, Dr. Jäger, Mumm und Schirmer angehören. Er trat im Dezember 1915 zu mehreren Sitzungen zusammen. Die Lage des

Es hänge das vielfach davon ab, ob und wie sich die Verhältnisse in der Industrie verschieben würden. Die ver- Wohnungsmarktes nach dem Kriege wurde von der Mehrheit der Mitglieder wenig günstig beurteilt. Seit Jahren ist die Bautätigkeit sehr beschränkt. Da nach dem Kriege manche Familien sich auf Kleinwohnungen zurückziehen werden, müsse man mit einem Mangel an solchen rechnen. Auch von Vertretern der Regierungen wurde diese Ansicht geteilt. Wie sich aber die Verhältnisse an den einzelnen Orten gestalten werden, sei noch nicht zu übersehen. bündeten Regierungen schenkten der Wohnungsfrage die größte Beachtung, als einem bedeutenden volkswirtschaftlichen Problem. Die Kreditfrage sei die schwierigste und allzu große Anforderungen an die Reichskasse dürften nicht gestellt werden. Die Kredit- und Hypothekenreform ist von einem größeren Kreis von Sachverständigen und Abgeordneten im Reichsamt des Innern besprochen worden. Das Resultat der Verhandlungen wird im Januar gedruckt vorgelegt werden. Zur Kapitalisierung der Krieger- und Witwenrenten, zum Zwecke der Wohnungsbeschaffung, wird demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Gleichzeitig wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, daß man im Zweifel darüber sein könne, ob es Aufgabe des Reiches sei, für die Kriegsbeschädigten Wohnungen zu erstellen.

Hier also wieder die leidige Kompetenzfrage aufgeworfen, die schon von jeher jede großzügige Reform beeinträchtigt hat. Es muß da eine Verständigung unter den Bundesstaaten herbeigeführt werden. Schließlich könnte man Reichsmittel denjenigen Bundesstaaten zur Verfügung stellen, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens Aufwendungen machen.

Damit bereits im kommenden Reichshaushalt Praktisches geschieht, beschloß der Wohnungsausschuß, es seien 30 000 Mark als regelmäßige Ausgabe im Etat einzusetzen. Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Klein-Wohnungswesens bezwecken, sollen damit unterstützt werden. Man dachte dabei in erster Linie an den Deutschen Verein für Wohnungsreform. Wichtiger ist der Beschluß vom 21. Dezember 1915, im Etat zunächst zehn Millionen, anstatt bisher vier, zum Klein-Wohnungsbau einzusetzen. Aus diesem Fonds sollen auch Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebenen Darlehen erhalten. Ministerialdirektor Lewald bemerkte dazu, daß der Reichsschatzsekretär im Benehmen mit den weiteren in Frage kommenden Ressorts wohlwollend die Sache prüfen und wenn möglich dem Antrag stattgeben werde.

Bei den Beratungen wurde mit Recht betont, daß das Reich sich nicht ausschalten dürfe, wenn es sich darum handle, unseren Kriegsbeschädigten die Wohnungsbeschaffung und Ansiedlung zu erleichtern. Diese Frage wird noch eingehend behandelt werden, zumal noch eine Reihe von Anträgen der verschiedenen Fraktionen und auch eine Anzahl Petitionen dem Wohnungsausschuß vorliegen. S. P.

Totenwacht

Kesselschmied Heinrich Lersch, z. Zt. im Lazarett.

Mein Kamerad, nun liegst Du da, wo ich gestanden hab,
Und wo ich wieder stehen muß — ist Deiner Jugend Grab.
Wir können Dich nicht tragen fort, Du bleibst bei uns die Nacht,
Wir halten, toter Kamerad, dem Feind und Dir die Wacht.

Wann traf es Dich? — Ich schlief derweil von meinem Posten aus,
„Auf Wiedersehn!", so sagtest Du. Mein Freund, Du bist zu Haus.
„Auf Wiedersehn!" bis morgen Nacht, dann steh' ich wieder da,
Sagt ich und ging. Und ruht und schlief. — Da kam es Dir zu nah.
Mein Kamerad, starbst Du für mich? Oh, warum mußt es sein?
Die kleine rote Kugel traf Dich in den Kopf hinein.

Dein Name, toter Kamerad? Dein Name weiß ich nicht.
Ich weiß nur, daß ein weher Mund zu Haus ihn betend spricht.
Ich weiß nur, daß ein Menschenkind, sei's Mutter oder Weib,
Beim Todesgruß in Schmerzen zuckt an Seele und an Leib;
Ich weiß, daß Deines Vaters Hand sich zornig fester ballt,
Ich weiß, wie Kinderweinen rinnt, weiß, wie die Klage hallt.

Und keiner ist, der bei Dir steht. Es kann ja nimmer sein.
Wir graben Dir ein tiefes Grab und betten Dich hinein — —

Wie liegst Du da, mein Kamerad? Ich bin allein mit Dir,
Und Vater, Mutter, Weib und Kind, das alles bin ich Dir.
Ich drücke Deine kalte Hand, des Vaters Gruß ist das.
Ich drücke Deine Augen zu, küß' Dir die Wange blaß,
Das ist der Mutter Liebesdienst. Verzeih! mir, liebe Frau,
Ich hab dabei an Euch gedacht, sah ich der Augen Blau.

Nun knie ich zur Seite Dir, Dein Weib, ich, treu und rein.
Und küsse Dir den kalten Mund. Das soll ihr Abschied sein.
Nun toter Kamerad, leb wohl; drei Kugeln über Dich!
Grüß Gott von uns. Und morgen Nacht — vielleicht. holst Du dann mich.

Allgemeine Rundschau

Der Wille unserer feldgrauen Kollegen.

Aus allen Briefen, aus jeder Zeile, die unsere feldgrauen Kollegen aus Feindesland uns senden, klingt das eine Wort immer wieder „Haltet den Verband hoch, werbet für ihn, damit er die Interessen der Arbeiterschaft vertreten kann; wenn wir aus dem Felde wiederkehren, soll es an uns nicht fehlen." Zwei süddeutsche Kollegen aus Wasseralfingen sagen es kurz und doch entschlossen, was sie nach dem Kriege tun wollen.

Der eine schreibt: „Ich hoffe und wünsche nur, daß der Verband stets treu zusammenhält, so daß sich das zeigt, was die Organisation im Kriege geleistet hat, wenn wir einmal in die Heimat wiederkommen. Auch ich versichere Euch, daß ich das Bestreben habe, der Organisation treu anzugehören und mit Freuden mitzuhelfen und den Versammlungen und Vorträgen regelmäßig beizuwohnen."

Der andere schreibt: „Und ich verspreche Euch, nach dem Kriege ein treues Mitglied zu bleiben. Der Verband hat soviel für uns getan in den beiden Kriegsjahren. Das hat mir auch meine liebe Frau geschrieben und sich so gefreut über die zehn Mark Weihnachtsunterstützung. Wir wollen alle recht viel arbeiten für den Verband."

So reden zwei Krieger, die auf ferner Wacht stehen. Was tut dagegen in der Heimat mancher Kollege? Er ist zu träge, um in die Versammlung zu gehen, geschweige denn zu schaffen für seinen Verband. Was will der Kollege einst zu seiner Entschuldigung sagen, wenn die Feldgrauen wiederkehren und ihn fragen, was er getan habe für die Organisation. Welche Antwort will er dann geben? — Wir wollen uns nicht schämen vor unseren heimkehrenden Kriegern, die für uns dem Tode jede Sekunde ins Auge geblickt haben, deshalb laßt uns arbeiten für unseren Verband.

Die Bedeutung der Türkei für Deutschland

(Schluß.)

K. F. Auf der anderen Seite kann es aber gar nicht die Absicht sein, in dem neuen Staatenbund alle Landesgrenzen überhaupt zu verwischen, denn damit würden die Schwierigkeiten einer Verschmelzung der gegenseitigen Interessen ins Ungeheuere wachsen und den beabsichtigten Erfolg von vornherein beeinträchtigen. Auch müssen wir den Schein vermeiden, als wollten wir auf diesem Wege etwa die Selbständigkeit der einzelnen Staaten irgendwie schmälern. Die trennenden Schranken werden ganz von selbst mehr und mehr fallen, wenn erst einmal das beiderseitige Interesse erkannt ist.

Eine der ersten Aufgaben wird es hier sein, Angebot und Nachfrage der einzelnen Staaten den gegenseitigen Interessen und Bedürfnissen entsprechend, zu regeln. Was im besondern den Getreidekonsum betrifft, so wird die bisherige russische und nordamerikanische Einfuhr in erster Linie durch die Gebiete der neuen Ostmark und erst darüber hinaus durch die Türkei gedeckt werden dürfen. Das führt uns also in erster Linie dazu, die Einfuhr aus den einzelnen Staaten festzulegen, und zwar nach einer Formel, die sich den jeweiligen Bedürfnissen leicht anpassen muß. Daneben muß auch die Erzeugung selbst geregelt werden, um dem gesamten Staatenverband wirklich die notwendige wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern. Auch hier ist die Lösung eine verhältnismäßig einfache. Aegypten und die Türkei sind die einzigen Gebiete in dem neuen Staatenbunde, die Baumwolle hervorbringen. Englisches Interesse hat dazu geführt, in Aegypten fast das ganze Kulturland mit Baumwolle zu bepflanzen, so daß das Land vollkommen auf fremde Getreidezufuhr angewiesen ist. Hier gilt es in erster Linie, den Bedürfnissen des Landes entsprechend Wandel zu schaffen und den Getreidebau in solchem Umfang wieder einzuführen, daß mindestens der Bedarf des Landes selbst gedeckt wird. Soweit die Baumwollerzeugung Aegyptens dadurch sinkt, wird das den in Mesopotamien, Syrien und Kleinasien neu anzulegenden Baumwollpflanzungen zugute kommen, deren Ertrag sehr hoch gesteigert werden muß, bis erst einmal der Gesamtbedarf des Staatenbundes gedeckt werden kann.

Die Gründe also, die bisher auch in wirtschaftlicher Beziehung gegen einen engeren Anschluß an die Türkei angeführt wurden, sind nicht stichhaltig. Aber auch sonst wirkt dieser Krieg in wirtschaftlicher Beziehung außerordentlich belehrend. In erster Linie sehen wir uns jetzt verlangend nach Petroleum und Kupfer um, deren Bezug bis jetzt fast ausschließlich aus Amerika erfolgte. Kupfer finden wir künftig bereits in Serbien, in genügender Menge aber erst in der Türkei. Die spekulative Preistreiberei, die schon im Frieden den Kupfermarkt beherrscht und eine unserer wichtigsten Industrien, die elektrotechnische, außerordentlich belästigt, wird künftig nicht mehr den Umfang annehmen können, da wir in der Lage sein werden, uns von dem Londoner Kupfermarkt frei zu machen. Neben Kupfer wird die Türkei, im Besitze des Kaukasus und nach Erschließung Mesopotamiens, auch Petroleum in genügender Menge gewinnen, um den ganzen Staatenbund vom auswärtigen Bezug frei zu machen. Die geringschätzige Bewertung der mesopotamischen Petroleumquellen gehört heute schon der Vergangenheit an, aber auch diese hatte nicht gerade dazu beigetragen, die Stimmung für Mesopotamien, und damit für die Türkei zu erhöhen. Von diesen Petroleumgebieten abgesehen, wird künftig auch die Lage der galizischen Petroleumquellen nicht mehr eine so gefährdete sein, wie es leider diesmal noch der Fall war, so daß auch deren Bedeutung steigen wird.

Ein Lieferant, der im Notfalle seine Lieferungen einstellt ohne den Versuch zu machen, seinen bewährten Kunden, koste es was es wolle, weiterhin zu versorgen, verliert den Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit. Wenn Amerika es für gut befunden hat, sich mit einer solchen Rolle zu bescheiden, so mag das für uns für den Augenblick etwas unangenehm sein, und doch hätten wir sonst nie die volle Notwendigkeit erkannt, uns ganz allgemein hinsichtlich des Bezuges der wichtigsten Rohprodukte vom Ausland derart frei zu machen, daß wir künftig auch im Kriegsfalle gesichert sind.

Eine solche Erkenntnis würde uns natürlich nichts nützen, wenn die Möglichkeit ihrer Verwirklichung fehlen würde, so aber haben wir in der Türkei nebst Schutzgebieten ein Land, das tatsächlich in der Lage ist, alle unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Das wird in erster Linie unserer Industrie zugute kommen, die imstande sein wird, den immer schwieriger werdenden Konkurrenzkampf erfolgreich weiter zu führen. Je größere Fortschritte die wirtschaftliche Erschließung der Türkei machen wird, desto mehr wird auch ihre eigne Aufnahmefähigkeit für unsere Fertigfabrikate steigen, und so wird ein Staatenverband in dem angedeuteten Umfang immer mehr den Charakter eines selbständigen, einheitlichen Wirtschaftskörpers annehmen, der imstande ist, alles selbst hervorzubringen, zu verarbeiten und jedenfalls so viel zu verbrauchen, daß Schwankungen im Ausfuhrhandel weniger stark zurückwirken. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, stellen heute schon einen derartigen einheitlichen, in sich geschlossenen Wirtschaftskörper dar, wobei der Staatenbund als eine vollkommene politische Einheit erscheint. Deutschland ist infolge seiner geographischen Lage eine derartige Entwicklung von vornherein verschlossen, um so ernster muß es sich daher bemühen, wenigstens ein Teil eines größeren Ganzen zu werden, das wenn auch nicht als eine politische Einheit, so doch als ein nach außenhin politisch und wirtschaftlich geschlossener Organismus auftritt.

Das schmachvollste Wort.

Solange man Geschichte schreibt, hat nie ein Wort so viel Verachtung und Niedrigkeit ausgedrückt, als das Wort „Verräter". Und gerade dieses Wort wird Liebknecht entgegengeschleudert. Kein deutsches Blatt nennt so den Mann, der eifrig daran hilft, die Wehrkraft unseres Volkes zu schwächen, indem er die notwendigen Milliarden zur Verteidigung unseres Vaterlandes verweigert, sondern ein feindliches und dazu noch ein italienisches, bei denen ja bekanntlich die Begriffe von Treue und Pflicht in merkwürdiger Färbung erscheinen.

Die „Idea Nazionale" bringt einen Leitartikel gegen den „Messagero", weil dieser einen enthusiastischen Aufsatz über Liebknecht gebracht hat. Man müsse Front machen gegen die Verhimmelung dieses Menschen, durch die demokratische Presse Italiens. Für die moralisch und geistig entartete Presse sei Liebknecht ein Held, weil er als Bürger sein im Kriege befindliches Vaterland anklage und verurteile, weil er als Bürger sein in einem tödlichen Kampfe verwickeltes Vaterland im Auslande diskreditiere und verleumde und im Inlande zu schwächen versuche. Die „Idea Nationale" sagt, daß ein solcher Mann kein Held, wohl aber ein Verräter sei. Der Verräter Liebknecht verdiene nur die Verachtung der Italiener.

Das muß sich ein Deutscher von einem feindlichen Blatte sagen lassen. Statt der vielleicht erhofften Lobeshymnen wird Liebknecht Schmach und Schande wegen seines Handelns zuteil. Die sozialdemokratische Fraktion hat das Tischtuch zwischen sich und Liebknecht auch zerschnitten, indem sie ihn als nicht mehr zu sich gehörig betrachtet. Einige radikale sozialdemokratische Organe halten freilich schützend ihre Zeitungsblätter über Liebknecht und glauben damit, wunders welche Heldentat vollbracht zu haben. Ein altes deutsches Sprichwort hat ein solches Verhalten in ein paar Worten ausgedrückt: Der Hehler ist so gut wie der Stehler! Daß die Blätter durch ihr Verhalten nicht nur unserem deutschen Vaterlande, sondern auch dem gesamten Arbeiterstande dadurch schaden, den sie angeblich überall verteidigen, scheint den radikalen Hirnen überhaupt noch nicht aufgedämmert zu sein, oder es fehlt am guten Willen. Gerade das liefert Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher und auf ihre reaktionären Bestrebungen und sie greifen mit dem größten Behagen zu diesen Blättern, wenn später die großen Leistungen der Arbeiterschaft während des Krieges gemärdigt und mit sozialen Forderungen beantwortet werden sollen. Daß die denkende deutsche Arbeiterschaft mit diesen radikalen Blättern nichts gemein hat, und daß sie wirkliche, herrliche Großtaten vollbrachte, wie kein anderer Stand, als auch so große Leiden wie kein anderer Stand, daran geht man schnell vorbei und will sie nicht sehen. Und wer trägt die Schuld: Eben jene sozialdemokratischen Radikalen, die sich fälschlich „Arbeiterführer" und „Arbeiterblätter" nennen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft aber wird hoffentlich ein solches Handeln dieser „Arbeiterführer" richtig einschätzen und ihre Folgerungen daraus ziehen.

*

Ein Reichsamt für Volkswohlfahrt.

In der „Neuen Beamtenzeitung" beschäftigt sich Dr. K. Spieß mit der Frage der Schaffung eines Reichsamts für Volkswohlfahrt und schreibt darüber:

„Schon in Friedenszeiten, namentlich wenn Teuerungen eintraten, hatte sich die Wichtigkeit einer systematischen Lösung der Volksernährungs-, Wohnungs-, Lohn- und verwandter Fragen aufgedrängt. Der gegenwärtige Krieg hat die Bedeutung der Regelung dieser Angelegenheiten in besonderem Maße hervortreten lassen und die Schaffung einer Reihe wirtschaftlicher Einrichtungen großen Stils veranlaßt. Trotz vieler Unvollkommenheiten, deren Begründung unter anderem auch in der Schnelligkeit, mit der sie ins Leben gerufen wurden, zu finden sein dürfte, müssen wir staunend vor dem Erreichten stehen. Eine Vervollkommnung und Organisierung der Volksernährung und anderer Verbrauchsangelegenheiten wird die Frucht weiterer und ernster Arbeit sein müssen. Man hat bereits begonnen, den Organisationen, die die Interessen der Landwirte, des Handels und der Industrie vertreten, Organisationen der Verbraucher gegenüberzustellen, welche Einfluß gewinnen sollen auf die Gestaltung der Lebensverhältnisse. Dies dürften notwendige Bildungen sein, welche berechtigte Forderungen der Verbraucher herabsetzen helfen und eine Macht darstellen sollen, die geeignet ist, den einseitigen Bestrebungen des Handels und der Gewerbe die Wage zu halten.

Es drängt sich der Gedanke auf, daß neben diesen Einrichtungen noch die Schaffung einer unabhängigen Körperschaft staatlichen Charakters, welche die Bearbeitung der Verbraucherangelegenheiten in weitestem Umfange und ihrer Regelung in Form von gesetzgeberischen Maßnahmen vernimmt, erforderlich sei. Das ungeheuere Gebiet der sozialen Fragen und die Schwierigkeit der zu lösenden Aufgaben, die die Einsetzung der ganzen Kraft unabhängiger und sachverständiger Persönlichkeiten erfordert, dürfte den Ruf nach Zentralbehörden, die sich ausschließlich mit diesen Fragen beschäftigen, rechtfertigen. Eine Reihe von Institutionen behördlichen Charakters ist bereits ins Leben gerufen worden, wohl auf Grund dieser oder ähnlicher Ueberlegungen. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß neben diesen Einrichtungen noch eine fehlt, die die Möglichkeit ganzer Arbeit in sich birgt. Wir haben Ministerien für Landwirtschaft, für die Angelegenheiten der Verbraucher, die doch gewiß eine ebenso große Bedeutung besitzen, wie die der Gewerbetreibenden, der Produzenten und der Kaufmannschaft, besitzen wir noch nicht.

Es geht unendlich viel Menschenkraft im Kampfe um die Existenz verloren, Menschenkraft, die würdiger und nutzbringender für den Staat und die Allgemeinheit wirken könnte. Die richtige Regelung der Ernährungs-, Wohnungsfragen usw. ist Grundbedingung für das Freiwerden und die Erhaltung aller schaffenden Kräfte unseres Vaterlandes.

Die Rechte der Verbraucher standen bisher zu sehr im Hintergrunde, zum großen Teile tragen die Verbraucher selber die Schuld an diesem Zustande. Der Krieg hat hier Wandel geschaffen. Durch die Schaffung besonderer Ministerien für [illegible] Angelegenheiten in den Einzelstaaten aber eines Reichsamtes für Volkswohlfahrt würde den Verbraucherangelegenheiten erst die Bedeutung dauernd zuerkannt, die sie in Wahrheit besitzen. Und es werden damit Zentralinstanzen geschaffen, die in der Lage sind, die in Frage kommenden Bedürfnisse eingehend zu prüfen und wirksame Maßnahmen auszuarbeiten. Mitglieder dieser Maßnahmen müßten vor allem Volkswirtschaftler, Nahrungsmittelchemiker, Sozialwissenschaftler und Hygieniker sein."

Der Krieg hat gezeigt, daß die Interessen der Verbraucher und das sind die großen Massen, nicht in dem Maße geschützt sind, wie es notwendig ist. Daß hier keine kleine Mittelchen Besserung schaffen, haben wir leider zu häufig erfahren müssen. Nach einem großzügigen Plane muß gearbeitet werden, wenn man die berechtigten Interessen der Konsumenten wirksam schützen will. Das wäre Aufgabe der Reichszentralstelle für Volkswohlfahrt, deren Schaffung eine notwendige Forderung ist.

*

Unzureichende Regelung der Fleischversorgung.

Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stecken geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Anschluß daran eine ganze Reihe ernster Mißstände eingestellt haben. Es ist doch z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlächterläden noch immer zu den Seltenheiten gehören. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Uebelstände in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich auch eine Reihe gut durchdachter Vorschläge zur Besserung unterbreitet. So hat u. a. die Festsetzung von Stallpreisen und die Einführung von Schlußscheinen im Viehhandel verlangt. Er forderte ferner das Verbot des Vorverkaufs von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Wurst und Fleischwaren. — Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man erwartete bisher vergeblich auf die immer eiliger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann stößt die notwendige Herabsetzung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. — Die hohen Rindfleischpreise steigern auch den Anreiz zum Verkauf von Milchkühen. Es ist jetzt schon bedenklich, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhält, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollten die Regierung doch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

*

Vaterlandsverräter.

Das sind nicht nur die, welche ihr Vaterland an unsere Feinde verraten, ihnen Pläne liefern usw., sondern laut Entscheidung der M.-Gladbacher Strafkammer gehören auch die Lebensmittelwucherer zu ihnen. Das Gericht hatte dort einen Kartoffelhändler wegen Ueberschreitung des Höchstpreises zu 3 Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt aus folgenden Gründen heraus:

„Der Kriegswucher ist ein gemeines, von niedriger Gesinnung zeugendes Vergehen besonders schwerer Art. Wer sich an ihm beteiligt, begeht Verrat an seinem eignen Volk und Vaterlande. Durch unzulässige Verteuerung der zum Lebensunterhalte nötigen Gegenstände wird die körperliche und namentlich auch die geistige Kraft unseres Volkes geschwächt. Das Durchhalten in dem schwersten Kampfe, den je ein Volk zu kämpfen hatte, wird durch die Lebensmittelwucherer gefährdet. Mut und Kampfesfreudigkeit unserer draußen im Felde stehenden Truppen können durch die von den Nahrungsmittelwucherer heraufbeschworene Sorge um Weib und Kind in der Heimat untergraben werden. Der Lebensmittelwucher unterwühlt die Grundlagen des Staates, er kann die Ordnung im Innern ins Wanken bringen. Wer sich am Lebensmittelwucher beteiligt, ist eine Art Landesverräter, der als innerer Feind aus niedriger Gewinnsucht seinem Volke in den Rücken fällt und das, was unsere Krieger draußen geschaffen und errungen haben, aufs Spiel setzt. Der Angeklagte hat zwar nachweislich nur in einem Falle Kartoffeln zu übermäßig hohem Preise verkauft. Allein aus derartigen Einzelfällen setzt sich die Gesamterscheinung des Lebensmittelwuchers zusammen, dem mit den schärfsten Strafen entgegenzutreten das Wohl unseres Volkes und Staates gebieterisch fordert."

Hoffentlich wird überall so scharf aber gut Recht gesprochen als in M.-Gladbach. Schwerste Strafe ist da das einzige Heilmittel, ein paar ermahnende Worte verfehlen bei den Menschen, die im Kriege auf Kosten anderer ihre Taschen stillen wollen, vollständig den Zweck.

*

Warnung vor zweifelhaften Liebesgaben

Eine von dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Stadt Mülheim (Ruhr) vorgenommene Prüfung einiger sogenannter Nahrungsmittelersatzstoffe und Liebesgabenartikel zeitigte folgendes überraschende Ergebnis:

1. Teetabletten. Für 10 Pfg. erhält man 3,7 Gramm Tee und 21 Gramm Zucker. Das Pfund kostet auf diese Weise etwa 12 Mark. Andere Teetabletten bestehen aus 1,25 Gramm Tee, 8—9 Gramm Zucker und 1 Gramm Zitronensäure. Bei diesen Würfeln stellt sich der Preis für das Pfund Tee auf etwa 30 Mark. — 2. Kakaowürfel. Für 10 Pfg. erhält man einen Würfel von 17—18 Gramm Gewicht. Das Pfund kostet mit 55 Prozentteilen Zucker 2,77 Mark, wofür schon ein Pfund reinen Kakaos erhältlich ist. In einem anderen Falle erhält man eine Düte von 11,5 Gramm Gewicht, das Pfund dieses Gemisches mit 60 Prozent Zucker kostet 4,38 Mark. — 3. Ein Marmeladen-Gelee- und Saftpulver besteht aus Farbstoff, Spuren von Fruchtäther und Zucker; 36 Gramm hiervon kosten 23 Pfg.: mithin das Pfund Zucker etwa 2,90 Mark. — 4. Das Butterstreckungspulver „Gloria" soll beim Vermengen mit 1 Pfund Butter mehr als 2 Pfund streichfertige Kriegsbutter ergeben. Der Beutel, 42 Gramm enthaltend, kostet 35 Pfg. Der Inhalt besteht aus Kartoffelmehl, Farbstoff, Aroma, Kochsalz und Spuren von Soda. Das Kartoffelmehl ist hierin der einzig wertvolle Bestandteil. Das Pfund kostet somit 2,80 Mark. — 5. Kognak-Verschnitt. Eine kleine Taschenflasche mit Schraubdeckel faßt 97 Kubikzentimeter. Das Liter dieses nicht besonderen Branntweins kostet 6,50 Mark.

Gegen diese elenden Betrügereien sollte man ebenfalls mit schweren Strafen vorgehen. Die Fabrikanten bezwecken weiter nichts mit ihrem Zeug, als Unwissenden das Geld aus der Tasche zu locken.

*

Gegen die Schundliteratur

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand hat der Herr kommandierende General des VII Armeekorps, von Gayl, Münster, am 20. Dezember eine Verordnung gegen die Schundliteratur erlassen. Die Verordnung, welche am 1. Januar 1916 in Kraft getreten ist, verbietet den Verkauf und die öffentliche Ankündigung einer ganzen Anzahl von Werken, die in einer Anlage näher bezeichnet sind. Auch die öffentliche Auslegung dieser Werke in Schaufenstern, auf Ladentischen, in Lesehallen und dergleichen ist verboten. Die von der Verordnung betroffenen Werke werden unter folgender Einteilung rubriziert:

1. Detektiv-Serien, 2. Abenteuer-Serien. 3. Jugendstreich-Serien. 4. Bedenkliche patriotische Schriften. 5. Räuber-Roman-Serien. 6. Schmacht-Roman-Serien. 7. Kleine Schmacht-Serien. 8. Pornographische Schriften mit medizinischem und mit literarischem Charakter.

Eine derartige praktische und wirksame Bekämpfung der Schundliteratur ist nur zu begrüßen. Unsere jetzige ernste und eiserne Zeit stellt an das deutsche Volk und besonders auch an die Jugend, andere Aufgaben als das Lesen von Hintertreppen- und ähnlicher bedenklicher Literatur.

*

Kriegsverletzten-Fürsorge

Für den Bereich des 7. Armeekorps ist eine Arbeitsnachweiszentrale für Kriegsbeschädigte in Münster i. W., Landeshaus eingerichtet worden, die unter Leitung des Herrn Hauptmannes d. L. L. Stoetzer, steht.

Die Zentrale hat die Aufgabe, alle Angebote und Nachfragen bezügl. Unterbringung von Kriegsbeschädigten zu sammeln und die Stellungsvermittlung in die Wege zu leiten. Es ist dies besonders deshalb empfehlenswert, weil jetzt bei allen Ersatztruppenteilen, bei denen sich Kriegsbeschädigte befinden, Beratungsstellen eingerichtet sind, die ihrerseits Kriegsbeschädigte dieser Zentralstelle zwecks Unterbringung in geeignete Berufe namhaft machen werden. Infolgedessen wird zu erwarten sein, daß bei regem Angebot und reger Nachfrage den Kriegsbeschädigten zur Erreichung einer Anstellung leicht verholfen werden kann und den Arbeitgebern die fehlenden Arbeitskräfte nachgewiesen werden können. Die Adresse lautet: An die Arbeitsnachweiszentrale für Kriegsbeschädigte des 7. Armeekorps Münster, Landeshaus. Fernsprecher 2200 bis 2203.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Januar der vierte Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. Januar bis zum 29. Januar fällig.

Wir ersuchen unsere Kollegen im Feld, sowie die Frauen unserer Kollegen, jede Adressenänderung sofort ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzuteilen, damit die Ortsgruppe in steter Verbindung mit ihnen bleiben kann.

Aus dem Verbandsgebiet

Chemnitz. Der nun schon 17 Monate dauernde Krieg hat auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens große Veränderungen hervorgerufen, und hat auch das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften in mancher Beziehung verschoben. Fast jeder Tag bringt neue Fragen und rollt neue Probleme auf, an denen die Gewerkschaften mehr oder weniger interessiert sind. Tausende und Abertausende Gewerkschaftler und vor allem auch Kollegen unseres Verbandes stehen im Felde, um das Vaterland vor den uns umgebenden Feinden zu schützen. Durch die fortwährenden Einberufungen lichten sich die Reihen unserer Mitglieder immer mehr. Das alles trifft natürlich auch auf unsere Ortsgruppe zu. Unter diesen Umständen sollte man annehmen, daß die zurück gebliebenen Kollegen es als ihre Ehrenpflicht betrachten würden, mitzuarbeiten an den vielseitigen großen und sich fortwährend vermehrenden Aufgaben, welche die Gewerkschaften jetzt zu erfüllen haben. In dieser Beziehung bleibt in unserer Ortsgruppe leider noch viel zu wünschen übrig. Zwar haben wir Kollegen, die zu jeder Mitarbeit bereit sind, und diese auch praktisch betätigen, andererseits sind aber doch eine Anzahl Mitglieder vorhanden, die es trotz aller mündlichen und schriftlichen Hinweise nicht einmal für notwendig halten, die Versammlungen zu besuchen, geschweige noch andere gewerkschaftliche Pflichten zu erfüllen. Das muß entschieden anders werden, wenn diese Kollegen sich nicht vor sich selbst und namentlich nicht vor unseren Vaterlandsverteidigern schämen wollen. An Belehrung und aufklärenden Vorträge über die verschiedensten Gebiete, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Es seien hier nur einige der während der Kriegszeit behandelten Fragen genannt: „Unsere Aufgaben während des Krieges", „Aenderungen im gewerkschaftlichen Unterstützungswesen im allgemeinen, und in unserem Verbande im besonderen", „Rechte und Pflichten der Gewerkschaftler während des Krieges", „Die Lehren des Krieges für die Arbeiterorganisationen", „Die Ernährungsfrage während der Kriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen bezw. Chemnitzer Verhältnisse", „Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung", „Zweck und Ziele der [illegible]

Heimatdank", „Rückblick und Ausblick in der deutschen Arbeiterbewegung", „Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges und die den Gewerkschaften daraus erwachsenden Aufgaben". Wir haben uns aber nicht nur mit der theoretischen Aufklärung in den Versammlungen begnügt, sondern auch überall und auf allen Gebieten im Interesse der Allgemeinheit, und insbesondere im Interesse der Arbeiterschaft praktisch mitgearbeitet, wo sich nur die Gelegenheit dazu bot. — Der Chemnitzer Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist in gewissem Sinne auf unsere Veranlassung gegründet worden. Kollege Giertz hat zunächst in unserer Ortsgruppe und dann im sozialen Ausschuß des hiesigen evangelischen Arbeitervereins in Vorträgen diese Sache behandelt und praktische Vorschläge gemacht. In Verfolg dieser Anregungen wurden die verschiedensten in betracht kommenden Organisationen vom evangelischen Arbeiterverein zu einer Sitzung eingeladen und in dieser der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen gegründet. Von dem letzteren sind im Laufe der Zeit eine Reihe von Eingaben und Vorschlägen bezüglich der Lebensmittelversorgung, der Lebensmittelverteuerung und Verteilung gemacht, und von den in Betracht kommenden Behörden auch zum großen Teil berücksichtigt worden. Daß wir innerhalb des Kriegsausschusses uns an der Erledigung der Arbeiten mit betätigt haben, bedarf nach dem vorhergesagten keiner besonderen Erwägung. Im städtischen Ernährungsausschuß sowie in der Preisprüfungsstelle sind wir ebenfalls und zwar durch den Kollegen Giertz vertreten. Auch der sächsischen Landespreisprüfungsstelle in Dresden gehört ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in der Person des Sekretärs des Gesamtverbandes, Kollegen Voigt-Dresden, als Mitglied an. Als in Sachsen die Frage der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in die Hand genommen, und zu diesem Zweck gemeinsam von der Regierung, den interessierten Verbänden, und Privaten des Landes die Stiftung „Heimatdank" ins Leben gerufen wurde, haben auch an dieser Frage die christlichen Gewerkschaften tatkräftig mitgearbeitet. Im Vorstand des Chemnitzer Vereins „Heimatdank", sowie in dessen Kommission für Berufsberatung und Arbeitsvermittelung sind die christlichen Gewerkschaften durch ein Mitglied unserer Ortsgruppe berücksichtigt. Mit den anderen in Chemnitz bestehenden, für die Metallindustrie in betracht kommenden Arbeiterorganisationen haben wir gemeinsam eine Aufstellung über „Verwendungsmöglichkeiten von Kriegsbeschädigten in der Metallindustrie" ausgearbeitet, und diese dem Verein „Heimatdank" zur Verfügung gestellt. Die Angelegenheit ist jedoch noch nicht ganz zum Abschluß gelangt, und werden wir später noch ausführlicher darauf zurückkommen. Neben allen diesen Fragen nehmen naturgemäß die Vorgänge und Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen in der Metallindustrie unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch. Da ist vor allen Dingen die starke Zunahme der Frauenarbeit in der Chemnitzer Metallindustrie zu nennen. Die Frage ist, abgesehen von allem anderen, schon um deswillen von der größten Wichtigkeit, weil die Akkordsätze und die Tagelöhne für die Arbeiterinnen bedeutend niedriger stehen, wie für die männlichen Arbeiter. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" wird in dieser Beziehung wenig oder garnicht berücksichtigt. Aus der vorstehenden gedrängten Uebersicht über unsere Tätigkeit während der Kriegszeit, die natürlich auf Vollständigkeit absolut keinen Anspruch machen kann, mögen diejenigen Kollegen, die sich bisher um nichts gekümmert haben, einmal ersehen, daß unsere Arbeit während des Krieges nicht ab-, sondern stark zugenommen hat. Der hier und da erhobene Einwand, daß der Tätigkeit der Gewerkschaften durch den Krieg lahm gelegt sei, oder gar, daß diese Tätigkeit keinen Zweck habe und für die Arbeiterschaft nichts dabei herauskomme, ist nichts weiter als eine faule Ausrede. Das gleiche trifft zu auf die mitunter von denselben Kollegen geäußerte Ansicht, daß in der gegenwärtigen Zeit keine neuen Mitglieder zu gewinnen seien. Wenn man sich allerdings um nichts kümmert, und nur so in den Tag hineinlebt, kann man weder neue Mitglieder gewinnen, noch können die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden. Wir hoffen, daß die vorstehenden Zeilen dazu beitragen werden, daß diejenigen Kollegen unserer Ortsgruppe, die es angeht, einmal eine gründliche Gewissenserforschung vornehmen, und dann tatkräftig mit Hand anlegen, sowohl in der Agitation und im Versammlungsbesuch wie auch bei der Erledigung der sonstigen wahrlich nicht geringen gewerkschaftlichen Aufgaben, die wir während des Krieges zu erfüllen haben, und erst recht nach Beendigung des Krieges zu erfüllen haben werden.

*

Aus den Bezirken Mannheim und Südwestdeutschland. Bei einer ganzen Reihe von Kollegen und Ortsgruppen der vorstehenden Bezirke scheint sich im Laufe der Zeit eine Lauheit und Untätigkeit eingeschlichen zu haben. Allein auf „die besonders schwierigen Verhältnisse" an den in Frage kommenden Orten, kann die dort herrschende organisatorische Mattheit nicht zurückgeführt werden, solange noch Kollegen am Orte sind, welche nicht zu den Fahnen einberufen sind und werden. Diese Klage sollte in der gegenwärtigen ernsten Zeit, wo tausende unserer Kollegen draußen vor dem Feinde alles und sogar ihr Leben opfern, nicht nötig sein. Daß sie trotzdem und an dieser Stelle einmal geführt wird, geschieht nur im Interesse der Kollegen selbst. Hoffentlich wird das allseitig beherzigt und dementsprechend bessernde Hand angelegt. An manchen Stellen fehlt aber sehr viel, ja alles, was zu einem gesunden Organisationsleben gehört. So haben eine Reihe Ortsgruppen bis zum Jahresschluß 1915 noch nicht den fälligen Bezirksbeitrag an die Bezirksleitung eingesandt, trotz wiederholter Mahnungen. Ja, einige Ortsgruppen konnten sich nicht mal dazu aufschwingen, den Bezirksbericht einzusenden. Wie muß es in diesen Gruppen mit der übrigen Verbandsarbeit bestellt sein? Kann da ein regelmäßiges Versammlungsleben, ein gutes Vertrauensmännersystem usw. herrschen, durch welche die Angelegenheiten und Nöte der Kollegen und des Verbandes beraten, erledigt und durchgeführt werden? Sage keiner, wir können keine Versammlung halten, es kommen zu wenig, und wie die Einwendungen alle heißen. Wenn's keine Versammlung sein kann, ist's eine Besprechung und in einer solchen läßt sich auch von wenigen Kollegen fruchtbringende Arbeit leisten. Ebenso gut, wie in den kleinen Besprechungen unserer Gründungskollegen in den Anfangsjahren unserer Organisation das möglich war, ist es das heute noch. In einer solch kleinen Besprechung kann man sich doch z. B. ganz gut darüber einigen, daß mal ein Hausbesuch bei den kaum versammlungs- und beitragszahlenden Mitgliedern durchgeführt wird. Dann sind auch pünktliche Abrechnungen möglich. Wenn allerdings Vorstände, wie in oben genannten Ortsgruppen, nicht einmal den dringend notwendigen Verwaltungsarbeiten nachkommen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn es in anderer Beziehung auch fehlt. An vielen Stellen ist es aber nicht allein Gleichgültigkeit, sondern auch unbegründete Mutlosigkeit und Unzufriedenheit, welche die Verbandsarbeit darniederliegen läßt. Die etwas erschwerten Umstände, das Alte zu halten und neue Mitglieder zu gewinnen, geringere oder numerische Mißerfolge, unbegründete Unterstützungssucht usw. veranlassen manche Kollegen, deren die Hände in den Schoß zu legen. Daß es kein undankeres und unbeständigeres Benehmen gegenüber der Organisation gibt, als solches Verhalten zum Ausdruck bringt, bedarf wohl kaum einer Erwähnung. Unklug deshalb, weil dadurch die Wirksamkeit der Arbeiterinteressenvertretung gegenüber der Oeffentlichkeit und den Unternehmern geschwächt wird; weil die verschiedensten Errungenschaften der Organisation, welche die Arbeiter als Früchte jahrelanger Arbeit während der Dauer des Krieges und immerfort genießen, durch solches Verhalten allmählich verringert und in Frage gestellt werden oder dauernd verloren gehen. Und weiter, weil dadurch die Kraftquellen zur Inangriffnahme und Durchführung neuer Aufgaben für die Zukunft der Arbeiterbewegung versumpfen. Undankbar ist dies Verhalten gegenüber der eigenen Standesorganisation deshalb, weil die vielen Einzelkollegen, die sich solcher Lauheit und Trägheit ergeben haben, Tag für Tag die Früchte der Organisationsarbeit als ganz selbstverständlich hinnehmen, aber nicht im geringsten überlegen, daß jene Kollegen, welche dauernd für das Fortkommen des Arbeiterstandes überall bemüht sind, durch das Verhalten nicht anders behandelt werden, als wenn im gegenwärtigen Kriege durch die Schuld einiger Feiglinge und Drückeberger treu kämpfenden Kameraden zum Dank für ihre Treue noch im Stich gelassen und preisgegeben würden. Diese Rolle sollten sich all die Lauen, welche immer keine Zeit haben und nur schimpfen und kritisieren, und den paar Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten alles allein überlassen, einmal ernstlich vor Augen halten und dann in sich gehen. Dann könnte es nicht passieren, wie es in O. der Fall war, daß, nachdem der Vorsitzende erkrankt, einige Kollegen wohl denselben persönlich besuchen und nach seinem Befinden erkundigen, aber nicht einmal danach fragen, ob in der Ortsgruppe nun auch die notwendigen Geschäfte erledigt werden. Oder wie in Fr., wo man alles dem guten alten Gründungsvorsitzenden allein zu erledigen überläßt, wo Kollegen im besten Mannesalter immer noch genügend da sind, Kollegen, die keine bessere Entschuldigung kennen, als, ich habe keine Zeit, bei den verschiedensten Gelegenheiten durch ihr Verhalten aber das Gegenteil davon beweisen. Die Kollegen sollten sich mal wiederholt zu Gemüte führen, daß auch die verschiedensten von ihnen als selbstverständlich hingenommene Errungenschaften nur durch die unausgesetzte stille Organisationsarbeit auch während des Krieges möglich waren. Sowohl auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, der Teuerungszulagen, Weihnachts- und Neujahrsgratifikationen, Kriegerfrauenfürsorge usw., wenn nicht der ständige Beobachter, Aufklärer und Begründer berechtigter Arbeiterforderungen und Wünsche in der Form der Organisation der Arbeiter bestände. Manche Unternehmer würden schwerlich nur des guten Beispiels einiger sozial höher stehender Unternehmer wegen solche Maßnahmen durchführen. Tatsachen beweisen, daß, während die Unternehmer jener Orte und Bezirke, wo die Organisation immer gut funktionierte, Entgegenkommen zeigten, sind solche in Orten und Betrieben, wo von jeher und besonders die Organisationsverhältnisse im argen liegen, nicht im geringsten so entgegenkommend. Im Gegenteil. Dort sind noch Lohn- und Akkordkürzungen und sonstige Verschlechterungen zu verzeichnen. Es würde zu weit führen, hier all die Betriebe und Orte, wo solches der Fall ist, aufzuzählen. Auch scheint die aus verschiedenen anderen Gründen gegenwärtig nicht angängig, da unsere Kollegen dieses meistens aber selbst ganz genau wissen und nur dieser Tatsache zu wenig Beachtung schenken. Damit dies in Zukunft wieder mehr als bisher von unseren Kollegen geschieht, haben wir an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen. Daher haben wir auch die Fehler in der Organisations- und Verwaltungsarbeit kritisiert, wissend, daß von der Lauheit bis zur vollständigen Organisationslosigkeit mit all ihren für die Arbeiter so bitteren Folgen und nachteilen nur ein Schritt ist. Hoffentlich besitzen unsere Kollegen in den kritisierten Bezirken und Gruppen (auch den Nichtgenannten) noch Selbstbewußtsein und Energie genug durch andauernde unermüdliche Mitarbeit und wachsendes Interesse sich vor solchen Folgen und Nachteilen zu schützen. Denn brauchen sie sich auch vor den aus dem Felde eines Tages heimkehrenden Kollegen nicht zu schämen.

*

Olpe i. W. „Das neue Deutschland". Dieses Thema wird der Mittelpunkt einer am 30. Januar hierselbst gemeinsam mit den konfessionellen Arbeitervereinen stattfindenden Versammlung unsers Verbandes bilden, zu welcher der Reichstagsabgeordnete unsers Kreises und Verbandskollege J. Becker-Köln als Redner gewonnen ist. Der nähere Zeitpunkt wie das Versammlungslokal werden noch näher bekannt gegeben. Unsere Kollegen von hier, wie aus dem ganzen Kreise, werden heute schon dringend ersucht, vollzählig an dieser Versammlung teilzunehmen. Da betreffs der Unterstützung der Kriegerfamilien, sowie der Versorgung mit Lebensmitteln hierselbst manche Wünsche und Beschwerden bestanden, wurde eine Deputation unseres Ortsgruppenvorstandes beim Herrn Bürgermeister der Stadt Olpe zwecks Entsprechung dieser Anliegen vorstellig. Von dem Ausgang der Verhandlungen waren die Kollegen vollauf befriedigt. Sie fanden das größtmöglichste Entgegenkommen, sowohl in der persönlichen Ansprache, als auch in Bezug auf die vorgebrachten Anliegen der Arbeiterschaft, auf welches die Erfolge nicht ausbleiben können. Auch in der Nachbargemeinde Rhade hat unser Ortsgruppenvorstand bei der Gemeindebehörde, sowie auch bei Mitgliedern des Kreisausschusses wiederholt durch persönliche Vorsprache auf eine Abstellung von Beschwerden und Besprechung berechtigter Wünsche hingewirkt. Eine Anerkennung diesen pflichterfüllten Vorständen! Dieses Beispiel sollten die Kollegen allerwärts nachahmen und nicht immer das ohnedies schon mit Arbeiten genug belastete Verbandssekretariat dafür in Anspruch nehmen.

*

Salzbach. „Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden." So schrieb unser Verbandsorgan im Leitartikel der Nr. 52 des eben abgelaufenen Jahres. Schwierigkeiten tauchten auch in unserer Gruppe in letzter Zeit auf und um sie zu beseitigen, kamen am Sonntag, den 2. Januar die hiesigen Kollegen zahlreich zusammen. Kollege Unger-Nürnberg referierte, denn unser Beamter Kollege Heßig, steht seit April vorigen Jahres unter den Waffen. Die Schwierigkeiten, entstanden dadurch, daß einige Kollegen nicht verstehen konnten, daß durch den Krieg besondere Maßnahmen des Zentralvorstandes und der Ortsverwaltung nötig wurden. Sie glaubten anscheinend, überall sei es so wie bei ihnen, wo die übergroße Mehrzahl der Kollegen die ganze Kriegszeit hindurch Arbeit und Verdienst hatte. Sie rechneten auch nicht damit, daß über die Hälfte der Mitglieder unter den Waffen stehen und dadurch einerseits geringe Einnahmen, andererseits durch die große Arbeitslosigkeit in vielen Gegenden unseres Vaterlandes große Ausgaben zu verzeichnen waren. Wenn diese Kollegen immer das Verbandsorgan gelesen hätten, müßten sie über diese Dinge orientiert sein und auch wissen, daß die Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes dem Zentralvorstand für die vorsorglichen Maßnahmen dankbar ist. Sie wüßten dann auch, daß unser Verband weiter gegangen ist, wie manch anderer stärkerer Verband und auch für die gefallenen Kollegen ein Sterbegeld bezahlt und jetzt zu Weihnachten zum 2. Male den Frauen unserer im Felde stehenden Kollegen eine Unterstützung von je 10 Mark gewährt hat. Die Kollegen bedenken auch nicht, daß es doch ein starkes Stück wäre, wenn die Daheimgebliebenen das Vermögen aufzehren wollten, zu dem doch unsere den Feind vom Hause haltenden Kollegen ihr redlich Teil beigetragen haben. Sie sollten sich auch fragen, was sie zu einem solchen Ansinnen sagen würden, wenn sie selbst im Schützengraben wären. Mag es auch unangenehm sein, jetzt mal kein Krankengeld zu bekommen, gegenüber dem was unsere Truppen seit 16 Monaten aushalten und entbehren, ist es ein kleines Opfer. Das sollten die Kollegen sich überlegen, dann würde die Lust zum Nörgeln und Kritisieren vergehen. Schwierigkeiten sind auch entstanden dadurch, daß die Kollegen zu wenig zusammen hielten und zu wenig mitarbeiteten. Es stehen zur Zeit die meisten bayerischen Beamten unter den Waffen, einige vor der Einberufung. Da ist es ganz selbstverständlich, daß die einzelnen Kollegen mehr mitarbeiten müssen. Hier haben die Sulzbacher Kollegen zum großen Teil versagt, und als nicht alles ganz nach Wunsch ging, haben sie den verkehrten Weg eingeschlagen. Anstatt berechtigte Klagen am rechten Platze vorzubringen, haben sie genörgelt, anstatt mitzuarbeiten, daß alles klappt, haben sie sich zurückgezogen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Sulzbach die Zahl der Neuaufnahmen sehr gering ist. „Mögen die Verhältnisse auch nicht günstig sein, Schwierigkeiten müssen eben überwunden werden, manches hätte sich doch erreichen lassen. Nun, wir stehen am Anfang eines neuen Jahres. Wir haben uns ausgesprochen, und wissen, wo eingesetzt werden muß, um Erfolge zu erzielen. Da wollen wir mit Mut zufassen. Jeder einzelne muß seinen Mann stellen, bereit sein, als Vertrauensmann in der Verwaltungsarbeit und in der Werkstatt als Agitator tätig zu sein. Gegenseitiges Vertrauen und Kollegialität soll uns fester zusammenschweißen, gegenseitige Unterstützung jede Schwierigkeit leicht machen. Wenn so gearbeitet wird, werden die Schwätzer und Nörgler unmöglich, es gibt ein frisches Leben in der Gruppe und der Erfolg für den Verband bleibt nicht aus. Ist aber der Verband gefestigt und gestärkt, dann hebt sich damit auch die Position der Arbeiterschaft, weil jeder sich froher und freier bewegt und rührt in dem Bewußtsein von Kraft, Stärke und Rückhalt in einer guten Organisation. Nun Kollegen von Sulzbach, auf zur Tat, laßt den Heldengeist der Kämpfer von draußen auf euch wirken, auf zum Erfolg.

Literarisches

Heinrich Lersch, Herz aufglühe dein Blut, Gedichte im Kriege, 120 Seiten, broschiert 1,50 Mark. Verlag Diederichs Jena.

Schon vor längerer Zeit kündigten wir an, daß unser Dichterkollege Lersch seine Gedichte, die wir des öfteren besprachen, gesammelt in dem obengenannten Verlage erscheinen lassen würde. Jetzt liegen sie vor uns. Julius Bab, der bedeutende deutsche Kritiker, hat das Vorwort zu ihnen geschrieben. Eine bessere Rezension, als dieses Vorwort dürfte es kaum geben. Wir lassen einige Gedanken folgen:

Ich weiß wohl, daß es einigermaßen kühn ist, einen einzigen aus der ungeheuren Schar der deutschen Kriegsdichter herauszugreifen und ihn mit überragendem Ehrentitel zu nennen „Den Sänger des deutschen Krieges". Aber gerade weil es das Schicksal gewollt hat, daß ich die Tausende und Millionen deutscher Kriegsgedichte, die begabten und die unmöglichen, die dilettantischen und die artistischen, die widerlichen und die liebenswürdigen, die künstlerischen und die gewerblichen, in ihrer ganzen unermeßlichen Menge vollständiger sammeln und prüfen mußte, als die meisten andern Zeitgenossen, gerade deshalb wage ich es, und nenne diesen einen, Heinrich Lersch, und nur ihn: den Sänger des deutschen Krieges. Das reinste und stärkste Geschenk, das die singende Kraft der deutschen Volksseele auf die ungeheure Ansprache des Krieges hergab. — Ich weiß nur einen, der als neuer Dichter, und zwar nicht als Erzähler und Redner, sondern als Sänger im innersten Sinn des Wortes und als Sänger mehr als eines Liedes uns vom Kriege neu geschenkt worden ist, und das ist Heinrich Lersch. — Ich glaube, daß dieser stärkste Sänger, den die Erschütterung des Krieges aus der Mitte der Tiefe unseres Volkes hervorgehoben hat, in seiner Frömmigkeit, in seiner Wahrhaftigkeit und nicht zum wenigsten in seiner nie versagenden Menschlichkeit im besten und tiefsten Sinne ein Deutscher ist, und daß wir Deutschen stolz sein können, daß dieser treue und begeisterte Soldat, dieser kräftige und wahre Arbeiter, dieser reine und fromme Christ als unser schlichtester und stärkster Sänger sein größtes Kriegslied mit den Worten schließt: „Ich hör' das Friedenslied, die Kugeln singen."

Daß die ganze Ausstattung vornehm und edel ist, dafür bürgt der Name des Verlages. Unseren Kollegen kann dieser Gedichtband nur empfohlen werden, sei es für sich selbst oder um einem Kollegen im Felde eine Freude zu machen oder um Gedichte bei Veranstaltungen ihm zu entnehmen.

Jede große Zeit brachte große Sänger hervor. Aber wie in den Befreiungskriegen 1813 Körner und Arndt hervorleuchteten vor allen, so wird man noch in späten Tagen in unserem Kollegen Lersch, wenn die meisten vergessen sind, den „Sänger des deutschen Krieges" preisen.

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 23. Januar.

Duisburg-Wanheimerort. Morgens 11 Uhr bei Kaiserpe, Fischerstraße, Generalversammlung.

Essen-Verge-Vorbeck. Abends 7 Uhr bei Kneyper, Hochstr.

Hamborn. Nachm. 6 Uhr bei Langhoff, Beckerstraße.

Marxloh. Nachm. 2.15 Uhr bei Freundlieb, Neumarkt.

Sonntag, den 30. Januar 1916.

Essen-Ortsverwaltung. Abends 7 Uhr im Städt. Saalbau großer Unterhaltungsabend.

Briefkasten

An Verschiedene. Wegen Raummangel mußten Berichte zurückgelassen werden.

Die Notizen für den Versammlungskalender müssen bis spätestens Montag abend 6 Uhr in Händen der Redaktion sein.

Allen voraus sind die **Kiepenkerl**-Tabake von **Oldenkott-Rees am Rhein.**
Überall käuflich!
Wegen ihrer außerordentlichen Bekömmlichkeit jedes Rauchers Freund.

Verlag: Franz Bieber. Druck: „Echo vom Niederrhein" G. m. b. H. Verantwortlicher Redakteur: J. V. C. Wieber, sämtlich in Duisburg